

## Synopse

### Gesetz über die Nutzung des Untergrundes UNG

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
	<b>Gesetz über die Nutzung des Untergrundes (UNG)</b>
	<b>I.</b>
<p><b>§ 1</b> Zweck</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Nutzung des Untergrundes im Einklang mit den öffentlichen Interessen, insbesondere der Wirtschaftlichkeit, der Umweltverträglichkeit und der Sicherheit.</p>	<p><b>§ 1</b> Zweck, <u>Geltungsbereich</u></p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Nutzung des Untergrundes im Einklang mit den öffentlichen Interessen, insbesondere der <u>Wirtschaftlichkeit</u>, <u>Sicherheit</u>, der Umweltverträglichkeit und der <u>Sicherheit</u> <u>Wirtschaftlichkeit</u>.</p> <p><sup>2</sup> Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die Gewinnung von Kies, Sand und Lehm und die dafür erforderlichen geologisch-geophysikalischen Untersuchungen.</p>
<p><b>§ 2</b> Begriffe</p> <p><sup>1</sup> Als Untergrund gilt jener Teil des Erdinnern, der nicht Gegenstand der Bundeszivilgesetzgebung bildet. Zum Untergrund gehören auch die Bodenschätze und die herrenlosen Naturkörper nach Artikel 724 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches.</p> <p><sup>2</sup> Die Nutzungen des Untergrundes umfassen insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Erforschung und Gewinnung von Bodenschätzen;</li><li>2. die Geothermie;</li><li>3. die Gasspeicherung wie CO<sub>2</sub>-Sequestrierung, Wasserstoffspeicherung, Druckluftspeicherung;</li><li>4. die Erstellung und Nutzung von Lagerinfrastrukturen;</li><li>5. die geologisch-geophysikalischen Untersuchungen wie Grabungen, Bohrungen, seismische Untersuchungen.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. die <del>Erforschung</del> <u>Erkundung</u> und Gewinnung von Bodenschätzen;</li><li>3. die Gasspeicherung <del>wie CO<sub>2</sub>-Sequestrierung, Wasserstoffspeicherung, Druckluftspeicherung;</del></li></ol>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><sup>3</sup> Bodenschätze sind:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Metalle, Erze, Steine und Mineralien wie Gips, Talk, Asbest, Dolomit oder Graphit;</li><li>2. Salze;</li><li>3. fossile Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas, Kohle;</li><li>4. Asphalt und Bitumen.</li></ol> <p><sup>4</sup> Geothermie bezeichnet die Nutzung der Erdwärme, einschliesslich der thermischen Nutzung unterirdischer Gewässer.</p> <p><sup>5</sup> Fracking ist eine Methode zur Nutzung des Untergrundes, mittels welcher der Untergrund durch ein hydraulisches oder chemisches Stimulationsverfahren aufgebrochen wird.</p> <p><sup>6</sup> Gasspeicherung, soweit sie nicht vom Bundesgesetz über die Rohrleitung erfasst wird, bezeichnet die Einlagerung von Gasen wie Erdgas, Kohlendioxid, Wasserstoff oder Druckluft in unterirdische Lagerstätten.</p> <p><sup>7</sup> Lagerinfrastrukturen dienen der Zwischen- oder Endlagerung von Stoffen mit Ausnahme von Abfällen und Kernmaterialien.</p> <p><sup>8</sup> Transportinfrastrukturen werden von diesem Gesetz nicht erfasst.</p>	<p>1. Metalle, Erze, <del>Steine</del> <u>Gesteine</u> und Mineralien <del>wie Gips, Talk, Asbest, Dolomit oder Graphit;</del></p> <p><sup>5</sup> <i>Gelöscht.</i></p> <p><sup>8</sup> <i>Gelöscht.</i></p>
<p><b>§ 4</b> Bevilligung</p> <p><sup>1</sup> Die Nutzung des Untergrundes bedarf einer Bevilligung nach diesem Gesetz, soweit sie nicht konzessionspflichtig ist. Insbesondere sind bevilligungspflichtig:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Erkundung des Untergrundes durch Grabungen, Bohrungen und seismische Untersuchungen, insbesondere im Hinblick auf konzessionspflichtige Nutzungen;</li><li>2. die gewerbsmässige Nutzung von Höhlen;</li></ol>	

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p>3. das Einlagern von Stoffen in unterirdischen Lagerinfrastrukturen;</p> <p>4. die Erstellung von Erdsonden, Erdregistern, Energiepfählen oder Kälte-/Wärmespeicher zur Nutzung der Geothermie ab einer Tiefe von 500 m oder mit einer maximalen Leistung von mehr als 100 kW.</p> <p><sup>2</sup> Das Departement erteilt die Bewilligung, wenn das Vorhaben keine Rechte Dritter gefährdet oder beeinträchtigt. Die gesuchstellende Person muss zudem für eine umweltverträgliche und ordnungsgemässe Ausführung Gewähr bieten und alle Vorschriften dieses Gesetzes einhalten.</p> <p><sup>3</sup> Wer die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen nachweist, hat Anspruch auf Erteilung der Bewilligung. Vorbehalten bleiben behördliche Auflagen und Bedingungen, insbesondere solche in sinngemässer Anwendung von § 8 Absatz 2, sowie Nutzungsansprüche Dritter.</p>	<p>4. die Erstellung von Erdsonden, <u>Erdsonden-Feldern</u>, Erdregistern, Energiepfählen oder Kälte-/Wärmespeicher zur Nutzung der Geothermie ab einer Tiefe von 500 m oder mit einer maximalen Leistung von mehr als 100 kW.</p> <p><sup>2</sup> <del>Das Departement</del><u>Der Kanton</u> erteilt die Bewilligung, wenn das Vorhaben keine Rechte Dritter gefährdet oder beeinträchtigt. <del>Die gesuchstellende Person</del> <u>Wer ein Gesuch um Bewilligung stellt</u>, muss zudem für eine umweltverträgliche und ordnungsgemässe Ausführung Gewähr bieten und alle Vorschriften dieses Gesetzes einhalten.</p> <p><sup>3</sup> Wer die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen nachweist, <u>hat</u> Anspruch auf Erteilung der Bewilligung. Vorbehalten bleiben behördliche Auflagen und Bedingungen, insbesondere solche in sinngemässer Anwendung von § 8 Absatz 2, sowie Nutzungsansprüche Dritter.</p>
<p><b>§ 6</b> Öffentliche Ausschreibung der Monopolkonzession</p> <p><sup>1</sup> Die Erteilung einer Konzession für Nutzungen gemäss § 5 Absatz 1 Ziffer 1 ist öffentlich auszuschreiben, wobei die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber nach Massgabe der Kriterien von § 7 Absatz 1 und 2 erfolgt.</p> <p><sup>2</sup> Die Vollzugsbehörde publiziert die beabsichtigte Übertragung der Nutzungsrechte im kantonalen Amtsblatt und setzt den Bewerberinnen und Bewerbern eine Frist von mindestens 60 Tagen, um ein Gesuch um Erteilung der Konzession einzureichen. Die Vollzugsbehörde wahrt die Vertraulichkeit der Gesuche.</p> <p><sup>3</sup> Der Kanton beachtet überdies die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, der Transparenz, der Wettbewerbsneutralität und der Gleichbehandlung der Bewerberinnen und Bewerber.</p>	<p><sup>1</sup> Die Erteilung einer Konzession für Nutzungen gemäss § 5 Absatz 1 Ziffer 1 ist öffentlich auszuschreiben, <u>soweit die Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen dies verlangen</u>, wobei die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber nach Massgabe der Kriterien von § 7 Absatz 1 und 2 erfolgt.</p>
<p><b>§ 7</b> Erteilung der Konzession</p> <p><sup>1</sup> Der Regierungsrat kann eine Konzession erteilen, wenn:</p>	<p><sup>1</sup> Der Regierungsrat kann eine Konzession <u>nach § 5</u> erteilen, wenn:</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p>1. der Untergrund für die vorgesehene Nutzung geeignet ist;</p> <p>2. Gewähr besteht, dass die geplanten Bauten und Anlagen einwandfrei, umweltverträglich und sicher sowie in Übereinstimmung mit dem Arbeitsprogramm der gesuchstellenden Person erstellt, betrieben und unterhalten werden;</p> <p>3. die Finanzierung des Vorhabens, einschliesslich der Kosten der Erkundung des Untergrundes und der Rückbaukosten, sichergestellt ist;</p> <p>4. keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen der vorgesehenen Nutzung entgegenstehen;</p> <p>5. alle Vorschriften dieses Gesetzes und weiterer anwendbarer Erlasse eingehalten werden.</p> <p><sup>2</sup> Unter mehreren Bewerberinnen und Bewerbern um eine Konzession gebührt der- oder demjenigen der Vorzug, dessen Vorhaben den öffentlichen Interessen am besten dient.</p> <p><sup>3</sup> Auf die Erteilung einer Konzession besteht kein Rechtsanspruch. Wer aber Erforschungen des Untergrundes durchgeführt hat und die vorstehenden Anforderungen gleich oder besser erfüllt als seine Mitbewerberinnen oder Mitbewerber, ist vor diesen zu berücksichtigen.</p> <p><sup>4</sup> Frackingverfahren gemäss § 2 Absatz 5, welche die Umwelt, insbesondere ober- und unterirdische Gewässer gefährden, sind verboten. Der Regierungsrat bestimmt, welche Chemikalien verwendet beziehungsweise nicht verwendet werden dürfen.</p>	<p>2. Gewähr besteht, dass die geplanten Bauten und Anlagen <u>einwandfrei, zweckmässig</u>, umweltverträglich und sicher sowie in Übereinstimmung mit dem Arbeitsprogramm der gesuchstellenden Person erstellt, betrieben und unterhalten werden;</p> <p>3. die Finanzierung des Vorhabens, einschliesslich der Kosten der Erkundung des Untergrundes und der Rückbaukosten, <u>angemessen</u> sichergestellt ist;</p> <p><sup>1a</sup> Für die Förderung unkonventioneller fossiler Brennstoffe wird keine Konzession erteilt, es sei denn, das Vorkommen sei infolge eines Vorhabens zur geothermischen Nutzung des Untergrundes erschlossen worden.</p> <p><sup>3</sup> Auf die Erteilung einer Konzession besteht kein Rechtsanspruch. Wer aber <u>Erforschungen/Erkundungen</u> des Untergrundes durchgeführt hat und die vorstehenden Anforderungen gleich oder besser erfüllt als seine Mitbewerberinnen oder Mitbewerber, ist vor diesen zu berücksichtigen.</p> <p><sup>4</sup> <u>Frackingverfahren gemäss § 2 Absatz 5, Verfahren zur Nutzung des Untergrundes</u>, welche die Umwelt, insbesondere ober- und unterirdische Gewässer gefährden, sind verboten. Der Regierungsrat bestimmt, welche Chemikalien verwendet beziehungsweise nicht verwendet werden dürfen.</p>
<p><b>§ 8</b> Inhalt der Konzession</p> <p><sup>1</sup> Die Konzession regelt unter anderem Art, Umfang und Dauer der Nutzung.</p>	

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><sup>2</sup> Die Vollzugsbehörde kann weitere Bestimmungen aufnehmen, insbesondere hinsichtlich:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Fristen für die Ausführung der Arbeiten;</li><li>2. Betriebssicherheit und Notfallplanung;</li><li>3. Entschädigung für die Erforschung des Untergrundes im Hinblick auf konzessionspflichtige Nutzungen und Verwendung der dabei gewonnenen Daten, sofern die Erforschung nicht durch den Konzessionär erfolgte;</li><li>4. Ausschluss oder Begrenzung der Haftung des Kantons sowie dessen Schadenshaltung und Regressverzicht durch den Konzessionär;</li><li>5. Berichterstattung und Pflicht zur Ablieferung geologischer und hydrogeologischer Daten;</li><li>6. Übertragung, Erlöschen, Entzug und Rückkauf;</li><li>7. Heimfall der Bauten und Anlagen und Heimfallverzichtsentschädigung;</li><li>8. Berechnung und Festlegung der jährlich wiederkehrenden Konzessionsabgabe;</li><li>9. Rückbauverpflichtungen und Sicherheitsleistung.</li></ol> <p><sup>3</sup> Die Konzession wird für eine Dauer von maximal 50 Jahren erteilt. In begründeten Ausnahmefällen kann eine längere Dauer vorgesehen werden.</p>	<p><sup>1a</sup> Bei Nutzungen gemäss § 5 Ziffer 4 regelt die Konzession auch die Pflichten des Konzessionärs betreffend Durchführung und Kostentragung vorsorglicher Beweissicherungsmassnahmen zur Feststellung allfälliger durch die konzessionierte Nutzung verursachter Schäden.</p> <p>3. Entschädigung für die <del>Erforschung</del><u>Erkundung</u> des Untergrundes im Hinblick auf konzessionspflichtige Nutzungen und Verwendung der dabei gewonnenen Daten, sofern die Erforschung nicht durch den Konzessionär erfolgte;</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><b>§ 9</b> Ausgleichsanspruch</p> <p><sup>1</sup> Bewilligungsinhaberinnen und Bewilligungsinhaber, die erfolgreich nach Nutzung der Erdwärme oder Bodenschätzen geforscht haben, verfügen über einen Ausgleichsanspruch gegenüber dem Kanton im Betrag der angemessenen und erforderlichen Auslagen, falls ihr Konzessionsgesuch nicht berücksichtigt wird und der Kanton oder ein Dritter in der Folge die Erdwärme nutzt oder den Abbau von Bodenschätzen vornimmt.</p> <p><sup>2</sup> Der Ausgleichsanspruch entsteht zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Verfügung betreffend die Erteilung der Konzession.</p> <p><sup>3</sup> Die Ausgleichsentschädigung ist innert 30 Tagen seit Ablauf der Zahlungsfrist beziehungsweise seit rechtskräftiger Festlegung des Anspruchs fällig.</p> <p><sup>4</sup> Der Ausgleichsanspruch entfällt, wenn für einen Abbau oder eine Nutzung der Erdwärme infolge gesetzlicher Hindernisse, aus Gründen der Sicherheit oder aus anderen überwiegenden öffentlichen Interessen keine Konzession erteilt werden kann.</p>	<p><sup>1</sup> Bewilligungsinhaberinnen und Bewilligungsinhaber, die erfolgreich nach Nutzung der Erdwärme oder Bodenschätzen <del>geforscht</del> <u>erkundet</u> haben, verfügen über einen Ausgleichsanspruch gegenüber dem Kanton im Betrag der angemessenen und erforderlichen Auslagen, falls ihr Konzessionsgesuch nicht berücksichtigt wird und der Kanton oder ein Dritter in der Folge die Erdwärme nutzt oder den Abbau von Bodenschätzen vornimmt.</p>
<p><b>§ 10</b> Bewilligungen und Konzessionen</p> <p><sup>1</sup> Gesuche um Erteilung einer Bewilligung oder Konzession sind beim Kanton einzureichen.</p> <p><sup>2</sup> Die Gesuche werden auf Anordnung der Vollzugsbehörde während mindestens 20 Tagen bei der Gemeinde, in der die oberirdischen Erschliessungsanlagen erstellt werden, öffentlich zur Einsicht aufgelegt.</p>	<p><b>§ 10</b> Bewilligungen und Konzessionen <u>Öffentliche Auflage</u></p> <p><sup>1</sup> <del>Gesuche um Erteilung einer Bewilligung</del> <u>Unter Vorbehalt der Absätze 4 und 5 legt die Behörde der Gemeinde, in der die für die vorgesehene Nutzung erforderlichen oberirdischen Bauten und Anlagen erstellt werden sollen, die Konzessions- oder Konzession sind beim Kanton einzureichen</u> <del>Bewilligungsgesuche auf Anordnung der Bewilligungs- oder Konzessionsbehörde während mindestens 20 Tagen öffentlich auf.</del></p> <p><sup>2</sup> <del>Die Gesuche werden auf Anordnung der Vollzugsbehörde während mindestens 20 Tagen bei der Gemeinde, in der die oberirdischen Erschliessungsanlagen erstellt werden, öffentlich zur Einsicht aufgelegt</del> <u>ortsüblicher Form bekannt zu machen.</u></p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><sup>3</sup> Die Auflage ist im kantonalen Amtsblatt zu veröffentlichen und in der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen.</p> <p><sup>4</sup> Gesuche um bewilligungs- und konzessionspflichtige Nutzungen nach diesem Gesetz werden ausschliesslich im Verfahren nach den §§ 10 und 11 beurteilt.</p> <p><sup>5</sup> Die Bewilligung oder Konzession enthält insbesondere die Beurteilung nach den Vorschriften des Planungs- und Baurechts, des Umweltschutzrechts, des Gewässerschutzrechts, des Gesetzes über den Wasserbau, des Fischereirechts sowie des Natur- und Heimatschutzrechts.</p> <p><sup>6</sup> Die betroffenen Gemeinden und die kantonalen Fachstellen werden vor Erteilung der Bewilligung zu einer Stellungnahme eingeladen.</p>	<p><del><sup>3</sup> Die Auflage ist im kantonalen Amtsblatt zu veröffentlichen und in der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen.</del> <u>Soweit möglich visiert der Gesuchsteller das Vorhaben während der Dauer der <del>Gemeinde</del> öffentlich bekannt zu machen.</u> <u>Planaufgabe.</u></p> <p><del><sup>4</sup> Gesuche um bewilligungs- und konzessionspflichtige Nutzungen nach diesem Gesetz werden ausschliesslich im Verfahren nach den §§ 10 und 11 beurteilt.</del> <u>Ein Konzessions- oder Bewilligungsgesuch wird ohne Durchführung eines Auflage- und Einspracheverfahrens abgewiesen, wenn das Vorhaben offensichtlich gegen die öffentlichen Interessen verstösst.</u></p> <p><del><sup>5</sup> Die Bewilligung oder Konzession enthält insbesondere die Beurteilung nach den Vorschriften des Planungs- und Baurechts, des Umweltschutzrechts, des Gewässerschutzrechts, des Gesetzes über den Wasserbau, des Fischereirechts sowie des Natur- und Heimatschutzrechts.</del> <u>Von der öffentlichen Auflage kann abgesehen werden, wenn ein Vorhaben von untergeordneter Bedeutung ist und Interessen Dritter offensichtlich nicht berührt.</u></p> <p><sup>6</sup> <i>Gelöscht.</i></p>
	<p><b>§ 11a</b> Bewilligung von Bauten und Anlagen</p> <p><sup>1</sup> Die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Bauten und Anlagen, die für die Ausübung einer konzessions- oder bewilligungspflichtigen Nutzung erforderlich sind, bedarf einer Bewilligung des Kantons und wird ausschliesslich im Verfahren nach den §§ 10 und 11 beurteilt.</p> <p><sup>2</sup> Der Entscheid enthält insbesondere die Beurteilung nach den Vorschriften des Planungs- und Baurechts, des Umweltschutzrechts, des Gewässerschutzrechts, des Wasserbaurechts, des Fischereirechts sowie des Natur- und Heimatschutzrechts.</p> <p><sup>3</sup> Die Gemeindebehörden, welche gemäss § 10 Absatz 1 die öffentliche Auflage durchführen, sind vor dem Entscheid anzuhören. Ihre Stellungnahmen sind zu berücksichtigen, soweit keine wesentlichen Gründe dagegen sprechen.</p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><b>§ 13</b> Erlöschen, Verzicht und Entzug</p> <p><sup>1</sup> Die Bewilligung oder Konzession erlöscht ohne weiteres mit dem Ablauf der Bewilligungs- oder Konzessionsdauer, wenn Fristen zur Ausführung der Arbeiten versäumt werden, wenn von der Bewilligung oder Konzession während zwei Jahren kein Gebrauch gemacht wird oder wenn die Arbeiten während zwei oder mehr Jahre unterbrochen werden.</p> <p><sup>2</sup> Der Bewilligungsinhaber oder Konzessionär kann auf die Bewilligung oder die Konzession verzichten. Ein teilweiser Verzicht auf eine Bewilligung oder Konzession ist nur mit dem Einverständnis der Vollzugsbehörde möglich.</p> <p><sup>3</sup> Die Bewilligung oder Konzession kann vor ihrem Ablauf entzogen werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. sie anhand falscher oder irreführender Angaben erwirkt wurde;</li><li>2. die Bewilligungs- oder Konzessionsbestimmungen trotz schriftlicher Mahnung wiederholt verletzt werden;</li><li>3. die Bewilligung oder die Konzession oder ihre Ausübung gegen das geltende Recht verstossen;</li><li>4. aus Gründen der Sicherheit eine weitere Nutzung der Bewilligung oder Konzession nicht länger verantwortbar ist.</li></ol> <p><sup>4</sup> Der Entzug erfolgt entschädigungslos. Allfällige Rückbau-, Heimfall- und Abschlussverpflichtungen bleiben bestehen.</p>	<p><sup>1</sup> Die Bewilligung oder Konzession <del>erlöscht</del><u>erlischt</u> ohne weiteres mit dem Ablauf <del>der Bewilligungs- oder Konzessionsdauer, wenn Fristen zur Ausführung der Arbeiten versäumt werden, wenn von der Bewilligung oder Konzession während zwei Jahren kein Gebrauch gemacht wird oder wenn die Arbeiten während zwei oder mehr Jahre unterbrochen werden</del> <u>und entschädigungslos:</u></p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. mit dem Ablauf der Bewilligungs- oder Konzessionsdauer;</li><li>2. wenn Fristen zur Ausführung der Arbeiten trotz Mahnung versäumt werden;</li><li>3. wenn ohne Zustimmung der Vollzugsbehörde während mehr als zwei Jahren von der Bewilligung oder Konzession kein Gebrauch gemacht wird oder die Arbeiten während mehr als zwei Jahren unterbrochen werden.</li></ol> <p>2. <del>die wesentliche</del> <u>wesentliche</u> Bewilligungs- oder Konzessionsbestimmungen <del>trotz schriftlicher Mahnung wiederholt</del> verletzt werden;</p> <p>3. <i>Gelöscht.</i></p>



Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><sup>5</sup> Eine einmal erteilte Konzession kann weder verlängert noch erneuert werden. Der Konzessionär ist berechtigt, rechtzeitig vor Ablauf der Konzession ein neues Gesuch zu stellen.</p>	
<p><b>§ 16</b> Haftung</p> <p><sup>1</sup> Soweit die Nutzung des Untergrundes Dritten übertragen wurde, ist die Haftung des Kantons nach dem Gesetz über die Verantwortlichkeit für Schäden, die bei der Ausübung der Bewilligung oder Konzession verursacht werden, ausgeschlossen.</p> <p><sup>2</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Verantwortlichkeit.</p>	<p><del><sup>1</sup> Soweit Dritten durch die Nutzung des Untergrundes Dritten übertragen wurde, ist die Haftung des Kantons nach dem Gesetz über die Verantwortlichkeit für Schäden, Ausübung von Konzessionen oder Bewilligungen nach diesem Gesetz Schäden entstanden sind und ihre anerkannten oder gerichtlich festgestellten Schadenersatzansprüche gegen die bei der Ausübung der Bewilligung oder Konzession verursacht Konzessions- oder Bewilligungsnehmer wegen Zahlungsunfähigkeit der Schadenersatzpflichtigen nicht beglichen werden, ausgeschlossen. kann der Kanton die entsprechenden Ausfälle ganz oder teilweise ausgleichen.</del></p> <p><del><sup>2</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Verantwortlichkeit.</del> Der Regierungsrat regelt die Bestimmungen des Gesetzes über die Verantwortlichkeit Einzelheiten.</p>
<p><b>§ 19</b> Grundsatz</p> <p><sup>1</sup> Für die Erteilung bewilligungspflichtiger Nutzungsrechte erhebt die Bewilligungsbehörde eine jährliche Nutzungsgebühr.</p> <p><sup>2</sup> Für die Verleihung einer Konzession erhebt die Konzessionsbehörde eine einmalige Konzessionsgebühr und eine jährlich wiederkehrende Konzessionsabgabe.</p>	<p><sup>1</sup> Für die Erteilung bewilligungspflichtiger Nutzungsrechte <u>gemäss § 4 Absatz 1 Ziffern 1 bis 3</u> erhebt die Bewilligungsbehörde eine jährliche Nutzungsgebühr <u>gemäss § 20</u>.</p> <p><sup>2</sup> Für die Verleihung einer Konzession erhebt die Konzessionsbehörde eine einmalige <u>Konzessionsgebühr</u> und eine jährlich wiederkehrende Konzessionsabgabe <u>gemäss §§ 21 und 22</u>.</p>
<p><b>§ 20</b> Nutzungsgebühr</p> <p><sup>1</sup> Die jährliche Nutzungsgebühr beträgt zwischen 100 und 100 000 Franken und bemisst sich nach Massgabe des</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. sachlichen und räumlichen Umfangs der eingeräumten Nutzungsrechte;</li><li>2. der wirtschaftlichen Bedeutung des Vorhabens.</li></ol>	

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
	<p><sup>2</sup> Für Vorhaben, die im öffentlichen Interesse des Kantons liegen, kann die wiederkehrende Nutzungsgebühr reduziert oder erlassen werden.</p>
<p><b>§ 21</b> Einmalige Konzessionsgebühr</p> <p><sup>1</sup> Mit der Erteilung der Konzession erhebt die Vollzugsbehörde eine einmalige, nicht erstattbare Konzessionsgebühr.</p> <p><sup>2</sup> Die Konzessionsgebühr beträgt zwischen 10 000 und 500 000 Franken. Sie bemisst sich nach</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. dem sachlichen und räumlichen Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte;</li><li>2. der Konzessionsdauer;</li><li>3. der wirtschaftlichen Bedeutung des Vorhabens.</li></ol> <p><sup>3</sup> Besteht ein Ausgleichsanspruch der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers gemäss § 9 gegenüber dem Kanton, erhöht sich die Konzessionsgebühr um diesen Betrag.</p>	<p><b>§ 21</b> Einmalige Konzessionsgebühr <u>Konzessionsabgabe</u></p> <p><sup>1</sup> Mit der Erteilung der Konzession erhebt die Vollzugsbehörde eine einmalige, nicht erstattbare <del>Konzessionsgebühr</del> <u>Konzessionsabgabe</u>.</p> <p><sup>2</sup> Die <del>Konzessionsgebühr</del> <u>Konzessionsabgabe</u> beträgt zwischen 10 000 und 500 000 Franken. Sie bemisst sich nach</p> <p><sup>3</sup> Besteht ein Ausgleichsanspruch der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers gemäss § 9 gegenüber dem Kanton, erhöht sich die <del>Konzessionsgebühr</del> <u>Konzessionsabgabe</u> um diesen Betrag.</p>
<p><b>§ 22</b> Wiederkehrende Konzessionsabgabe</p> <p><sup>1</sup> Die wiederkehrende Konzessionsabgabe ist für jedes volle oder angefangene Konzessionsjahr zu entrichten. Sie ist innert 30 Tagen nach dem Ende jedes Konzessionsjahres fällig.</p> <p><sup>2</sup> Die wiederkehrende Konzessionsabgabe beträgt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. 2 – 8 % der aktuellen Markt- oder Verkehrspreise der im jeweiligen Konzessionsjahr geförderten Bodenschätze;</li></ol>	<p><sup>2</sup> Die <del>wiederkehrende Konzessionsabgabe</del> <u>beträgt wiederkehrenden Konzessionsabgaben betragen:</u></p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. 2 – <u>815</u> % der aktuellen <del>Markt- oder Verkehrspreise</del> <u>Marktpreise</u> der im jeweiligen Konzessionsjahr geförderten Bodenschätze, <u>der vereinnahmten oder marktüblichen Entgelte für die unterirdische Lagerung von Materialien oder der dem Untergrund entzogenen Energiemenge;</u></li></ol>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p>2. 5 – 10 % der vereinnahmten oder marktüblichen Entgelte für die unterirdische Lagerung von Materialien;</p> <p>3. 5 – 15 % der Markt- oder Verkehrspreise der dem Untergrund entzogenen Energiemenge, wobei die Vollzugsbehörde anordnen kann, dass der Betrag ganz oder teilweise durch die Abtretung von Bezugsrechten an der ins Netz eingespeisten Energie im Wert der entsprechenden Gestehungskosten zu decken ist;</p> <p>4. 1 – 5 Franken je Kubikmeter nutzbares Nettovolumen für alle übrigen konzessionspflichtigen Nutzungen.</p> <p><sup>3</sup> Der Konzessionär ist verpflichtet, alle für die Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Vollzugsbehörde ist berechtigt, die erteilten Auskünfte durch Kontrollen und Audit-Verfahren zu verifizieren.</p> <p><sup>4</sup> Den Gemeinden, in denen die oberirdischen Erschliessungsanlagen gemäss § 10 Absatz 2 des Gesetzes erstellt werden (Standortgemeinden), steht ein Anteil von gesamthaft 30 % dieser wiederkehrenden Konzessionsabgaben zu.</p> <p><sup>5</sup> 50 % der in Geld vom Kanton vereinnahmten wiederkehrenden Konzessionsabgaben gemäss vorstehendem Absatz 2 Ziffer 3 sind zweckgebunden zur Speisung des Energiefonds einzusetzen.</p> <p><sup>6</sup> Für Vorhaben, die im öffentlichen Interesse des Kantons liegen, kann die wiederkehrende Konzessionsabgabe reduziert oder erlassen werden.</p>	<p>2. <del>5 – 10 % der vereinnahmten oder marktüblichen Entgelte</del> 1 - 5 Franken je Kubikmeter nutzbares Nettovolumen für die unterirdische Lagerung von Materialien <u>Gasspeicherung</u>;</p> <p>3. <i>Gelöscht.</i></p> <p>4. <i>Gelöscht.</i></p> <p><sup>3</sup> <del>Der Konzessionär ist verpflichtet, alle für die Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Vollzugsbehörde ist berechtigt, im öffentlichen Interesse des Kantons liegen, kann die erteilten Auskünfte durch Kontrollen und Audit-Verfahren zu verifizieren</del> <u>wiederkehrende Konzessionsabgabe reduziert oder erlassen werden.</u></p> <p><sup>4</sup> <del>Den Gemeinden, in denen</del> Der Konzessionär ist verpflichtet, alle für die oberirdischen Erschliessungsanlagen gemäss § 10 Absatz 2 des Gesetzes erstellt werden (Standortgemeinden), steht ein Anteil von gesamthaft 30 % dieser wiederkehrenden Konzessionsabgaben <u>Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Vollzugsbehörde ist berechtigt, die erteilten Auskünfte durch Kontrollen und Audit-Verfahren zu verifizieren.</u></p> <p><sup>5</sup> <del>50 % der</del> <u>Den</u> Gemeinden, in Geld vom Kanton vereinnahmten wiederkehrenden Konzessionsabgaben <u>denen die oberirdischen Erschliessungsanlagen gemäss vorstehendem § 10 Absatz 2 Ziffer 3 sind zweckgebunden zur Speisung des Energiefonds einzusetzenden</u> <u>des Gesetzes erstellt werden (Standortgemeinden), steht ein Anteil von gesamthaft 30 % dieser wiederkehrenden Konzessionsabgaben zu.</u></p> <p><sup>6</sup> <i>Gelöscht.</i></p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<p><b>§ 23</b> Dokumentation, Einlieferung</p> <p><sup>1</sup> Die Bewilligungs- und Konzessionsbehörde legt mit der Bewilligung oder der Konzession fest, welche Bohrungen zu vermessen und zu dokumentieren sind.</p> <p><sup>2</sup> Alle geologischen und hydrogeologischen Daten über den Untergrund und über die aufgefundenen Bodenschätze müssen der Vollzugsbehörde auf erstes Verlangen zur Verfügung gestellt werden. Sie gehen ins Eigentum des Kantons über.</p> <p><sup>3</sup> Der Kanton kann die Rohdaten nach einer Sperrfrist von fünf Jahren und unter Wahrung der Geschäftsgeheimnisse der Bewilligungs- und Konzessionsnehmer Dritten gegen ein kostendeckendes Entgelt überlassen.</p>	<p><sup>2</sup> Alle geologischen und hydrogeologischen Daten über den Untergrund und über die aufgefundenen Bodenschätze müssen der Vollzugsbehörde <del>auf erstes Verlangen</del> zur Verfügung gestellt werden. Sie gehen ins Eigentum des Kantons über.</p>
<p><b>§ 25</b> Strafbestimmungen</p> <p><sup>1</sup> Mit Busse bis zu 250 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. ohne Bewilligung eine Tätigkeit nach § 4 ausführt;</li><li>2. ohne Konzession eine Tätigkeit nach § 5 ausführt;</li><li>3. eine Bewilligung oder Konzession nach diesem Gesetz durch wissentlich falsche Angaben erwirkt;</li><li>4. gegen eine unter Hinweis auf die Strafandrohung dieses Paragraphen erteilte Bewilligung oder Konzession verstösst.</li></ol> <p><sup>2</sup> Wird die Tat fahrlässig begangen, so ist die Strafe Busse bis zu 100 000 Franken.</p> <p><sup>3</sup> Anstelle einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft sind die natürlichen Personen strafbar, die für Erstere gehandelt haben oder hätten handeln sollen. Können diese nicht ohne unverhältnismässigen Untersuchungsaufwand festgestellt werden, wird die juristische Person oder die Gesellschaft zur Bezahlung der Busse verurteilt.</p>	<p>4. <u>gegen eine unter Hinweis auf die Strafandrohung dieses Paragraphen erteilte Bestimmungen einer erteilten Bewilligung oder Konzession verstösst.</u></p>

Entwurf des Regierungsrates	Fassung der vorberatenden Kommission (12/GE 29/299)
<sup>4</sup> Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach der Schweizerischen Strafprozessordnung.	
	<b>II.</b>
	1. Der Erlass RB <a href="#">210.1</a> (Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch <sup>1)</sup> vom 3. Juli 1991) (Stand 1. August 2013) wird wie folgt geändert:
	2. Der Erlass RB <a href="#">721.8</a> (Wassernutzungsgesetz vom 25. August 1999) (Stand 1. August 2013) wird wie folgt geändert:
	<b>III.</b>
	<i>(keine Aufhebungen bisherigen Rechts)</i>
	<b>IV.</b> Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

---

<sup>1)</sup> SR [210](#)